

Antrag der Fraktion der CDU

Taubenpopulation durch die zügige Errichtung öffentlicher Taubenschläge kontrollieren und reduzieren!

Tauben sind als Kulturfolger ein fester Bestandteil unseres Stadtbildes in Bremen und prägen dieses seit vielen Jahren. Um das Auftreten von Problemen und Konflikten durch wachsende Taubenschwärme zu vermeiden und um ihnen ein artgemäßes Leben in der Stadt zu ermöglichen, sind Maßnahmen zur Kontrolle der Taubenpopulation unverzichtbar. Die Tierschutzbeiräte aller Bundesländer stimmen darin überein, dass die früher üblichen Methoden des strikten Fütterungsverbots, des Anbringens von Abwehrvorrichtungen und des Tötens der Tiere weder ihr Ziel erreichen, noch mit den Vorgaben des Tierschutzes – bezüglich des Staatszieles nach Artikel 20a Grundgesetz – vereinbar sind. Welche teils dramatischen Formen dieses Vorgehen annehmen kann, wurde den Bremerinnen und Bremern erst Ende November 2018 vor Augen geführt, als durch die Errichtung eines Netzes an einem Gebäude in der Innenstadt mehrere Tiere von ihren Nistplätzen und damit auch von ihren Jungen abgeschnitten waren. Hier wurde nur allzu deutlich, dass Netze keine Lösung des Problems, sondern lediglich eine Gefahrenquelle für die Tauben darstellen, die insbesondere bei fehlerhafter Anbringung oder schlechter Wartung dazu führen können, dass sie sich verirren oder qualvoll verenden. Gleichzeitig wird das Problem mit Vergrämuungsmaßnahmen lediglich auf andere Bereiche der Innenstadt räumlich verschoben ohne es wirklich zu lösen.

Eine Neuorientierung im Verhältnis zwischen Mensch und Stadttaube ist in Bremen daher dringend geboten. Der erste Ansatzpunkt für dieses Vorgehen ist die Herstellung des richtigen Verhältnisses von Futterangebot, Anzahl der Nistplätze und der Größe der Taubenpopulation. Eine günstige und für die Tauben attraktive Lösung ist es, bereits bestehende Gebäude oder Teile von Gebäuden taubengerecht zu gestalten und sie den Tieren zugänglich zu machen – zum Beispiel mit einem Taubenschlag. Diese Einrichtungen müssen sich in der Nähe der großen Taubenpopulationen befinden und standortnah zu den bisherigen Brutplätzen angelegt sein. Um nach der Einrichtung solcher Taubenschläge den Bestand effektiv zu kontrollieren und zu reduzieren, müssen zuverlässige Helfer die gelegten Eier durch künstliche Eier austauschen. Zusätzlich kann durch die Bereitstellung von Futter und frischem Wasser die Gesundheit der Population verbessert werden. Damit kann auch die Übertragungswahrscheinlichkeit von Krankheiten zwischen den Tieren und auf den Menschen verringert werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, ein Konzept zur effektiven Kontrolle und Reduktion der Taubenpopulation in der Stadtgemeinde Bremen zu erstellen und dabei unter Darstellung der jeweils zu erwartenden Kosten und unter Einbeziehung der im Tierschutzwesen erfahrenen Akteure wie folgt vorzugehen:

- a) Erfassung der Anzahl der Tauben in der Stadtgemeinde, differenziert nach einzelnen Stadtteilen und Abschätzung sowie Bewertung des jeweils zur Verfügung stehenden Futterangebots.
 - b) Erfassung der bislang zur Verfügung stehenden Nist- und Brutstätten einzelner größerer Populationen in der Stadtgemeinde, differenziert nach einzelnen Stadtteilen.
 - c) Errichtung öffentlicher Taubenschläge auf Grundlage der Erkenntnisse der Populationsschätzung und der Bewertung des Futter- und Nistangebots in den besonders betroffenen Stadtteilen, wie es bereits in Vegesack in Planung ist.
 - d) In Kooperation mit dem im Tierschutzwesen erfahrenen Akteuren die Auswahl zuverlässiger ehrenamtlicher Helfer, die in regelmäßigen Abständen die echten Eier in den Taubenschlägen durch falsche ersetzen.
 - e) Die dauerhafte Sicherstellung des Futter- und Wasserangebots in den Taubenschlägen.
 - f) Bei einem öffentlichen Fütterungsverbot bis zur Errichtung von Taubenschlägen sicherzustellen, dass keine Taube aufgrund von Nahrungsmangel verendet.
2. Das Konzept zur effektiven Kontrolle und Reduktion der Taubenpopulation in der Stadtgemeinde Bremen der zuständigen städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz im zweiten Quartal 2021 vorzulegen.

Silvia Neumeyer, Martin Michalik, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU